

# Einführung in Seniorenpolitische Gesamtkonzepte

Sabine Wennig  
Diplom Psychogerontologin –  
Diplom Geografin

12. Dezember 2008

Arbeitsgruppe für Sozialplanung  
und Altersforschung



# Seniorenpolitisches Konzept

AGSG Art. 69:

Die Bedarfsermittlung ist Bestandteil eines integrativen, regionalen seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes, das nach dem Grundsatz ‚ambulant vor stationär‘ die Lebenswelt älterer Menschen mit den notwendigen Versorgungsstrukturen sowie neue Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen im ambulanten Bereich umfasst.



# Handlungsfelder

- Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung
- Wohnen zu Hause
- Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit
- Präventive Angebote
- Gesellschaftliche Teilhabe
- Bürgerschaftliches Engagement für und von Seniorinnen und Senioren
- Betreuung und Pflege



# Handlungsfelder

- Unterstützung pflegender Angehöriger
- Angebote für besondere Zielgruppen
- Kooperations- und Vernetzungsstrukturen
- Hospiz und Palliativversorgung



# Pflegebedarfsplanung

Pflegebedarfsplanung ist weiterhin Bestandteil des  
seniorenpolitischen Konzeptes

Aber: Bogen von ambulanter bis stationärer  
Versorgung wird neu gespannt.



# Schnittstelle

Zusammenarbeit zwischen Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden muss geklärt werden (Aufgabenverteilung, Zuständigkeiten, gemeinsame Verantwortung)



# Ziel von Seniorenpolitischen Konzepten auf Gemeindeebene:

Stärkung der Wohn- und Lebensbedingungen älterer Menschen in den jeweiligen Gemeinden, damit sie zu Hause wohnen bleiben können.



# Die Wohnung - Das Haus

## Situation:

Zuhause Wohnen bleiben, aber kein Wissen über  
Wohnungsanpassung, Barrierefreiheit und Finanzierung

Belastung durch großen Wohnraum – Garten

Viele Ältere schränken sich zunehmend ein, anstatt die  
Wohnungsanpassung in Anspruch zu nehmen

## Maßnahme:

Aufklärung und Information

Checklisten „Ist meine Wohnung altengerecht?“



# Wohnformen

Zu Hause Wohnen bleiben: Wohnungsanpassung  
Betreutes Wohnen zu Hause  
Betreutes Wohnen  
Ambulant betreute Wohngemeinschaften  
Gemeinschaftsorientiertes Wohnen



# Versorgungsinfrastruktur

## Situation:

Läden schließen

Fachärzteversorgung problematisch

Banken stellen nur noch Automaten auf

Postfilialen schließen

Supermärkte nicht altengerecht

## Maßnahmen:

Dorfläden, mobile Ladenfahrzeuge, Hol- und Bringdienste,  
Einkaufsbegleitung, Supermärkte seniorenfreundlich gestalten



# Mobilität

## Situation:

Weite Wege zwischen Ortsteilen  
ÖPNV sehr unterschiedlich ausgebaut  
Öffentlicher Raum, z.B. Gehwegabsenkung

## Maßnahmen:

Fahrdienste, Taxigutscheine, AST-Taxi  
Ruhebänke aufstellen



# Soziale Strukturen

## Situation:

Einbindung von Bürger/innen in das Leben in der Gemeinde  
Bewohner/innen von Neubausiedlungen häufig nicht eingebunden  
Hohes ehrenamtliches Engagement bzw. Bereitschaft, sich zu engagieren  
Hohe familiäre Unterstützung

## Maßnahmen:

Dorffeste, Anlaufstellen für pflegende Angehörige einrichten,  
Ehrenamtliches Engagement professionell führen und begleiten,  
Vereine motivieren, für Ältere Angebote zu formulieren



# Altenhilfestrukturen optimieren und Zugänge schaffen

## Situation:

Ratsuchende wenden sich an Familie oder Bürgermeister, Pfarrer, Arzt  
Beratungsstellen sind weit weg

## Lösung:

Qualifizierte Ansprechpartner in den Gemeinden  
Seniorensseiten in Gemeindemitteilungen verständlich gestalten  
Ratgeber für Senioren (Broschüre / Internet)



# Versorgung von Pflegebedürftigen

Zu Hause mit ambulanter Hilfe  
Ambulant betreute Wohngemeinschaften  
Stationäre Pflegeeinrichtungen

Wichtig: Auch bei Pflegebedürftigkeit möchten die Älteren am Ort wohnen bleiben können



# Wie kommt man zu einem Seniorenpolitischen Konzept ?

Rahmenbedingungen und Maßnahmenkatalog der  
Landkreise als Grundlage für die Gemeinden

Auswahl der relevanten Handlungsfelder



## Nutzung der vor Ort vorhandenen Ressourcen:

Bildung eines Arbeitskreises aus lokalen Experten (bis zu fünf Treffen à 3 Stunden)

## Themen:

Was ist positiv, was negativ, welche Lösungen sind vorstellbar?

## Fachlicher Input durch Moderation:

„Back-office“, Umsetzungsstrategien

## Bürgerbeteiligung:

in Form von Tischgesprächen, Befragungen,  
Bürgerversammlungen



# Trends und Perspektiven

AGSG Art. 69, Absatz 2: Stärkung des ambulanten Bereiches  
Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten sind nach wie vor  
problematisch

Tendenz zu kleinräumigen Versorgungsstrukturen  
(Quartierskonzepte)

Aspekt der Gemeinschaft bei Wohnformen wird stärker werden  
Bielefelder Modell in München ist „in“

Dezentrales Betreutes Wohnen für den ländlichen Raum

